Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.56 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰. Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Aufgr. wird keine Gewähr übernommen.

№ 86. | Montag den 15. April 1929. | 87. Jahrgang.

Deutschland.

Mißtrauensantrag gegen die Regierung in Aussicht. Das Zentrum in Opposition?

Stuttgart, 13. April. Der demokratische Landtagsabgeordnete Joh. Fischer veröffentlichte im Freitag-Abendblatt des „Stuttg. N. Tagblatt" einen Artikel zur Frage der Regierungsumbildung in Württemberg, der erkennen läßt, daß die Oppositionsparteien, einschließlich der Demokratie, die Entscheidung über das Schicksal der gegenwärtigen Regierung bei den bevorstehenden Etatsberatungen herbeiführen, also Mißtrauensanträge gegen die Regierung einbringen wollen. Das Landesorgan des Zentrums, das „Deutsche Volksblatt", schreibt hiezu: „Gelingt es den Linksparteien, die Regierung auf ordnungsmäßigem Wege zum Rücktritt zu zwingen, so werden die Regierung und die Regierungsparteien sich nicht weigern, aus einer klaren Entscheidung die entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen. Wenn sich aber die Oppositionsparteien zur Erreichung ihres Zieles zweifelhafter Mittel bedienen, so werden die Regierungsparteien entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen wissen. Die Parteien der Linken werden sich darüber klar sein müssen, daß nach einem Sturz der gegenwärtigen Regierung das Zentrum weder für die Große noch für die Weimarer Koalition zu haben sein wird und daß es sich auch nicht passiv verhalten kann, wenn eine politische Gruppierung erfolgen sollte, die nur dazu bestimmt ist, die Zentrumspartei an die Wand zu drücken. Sollte etwa der Maier'sche Plan verwirklicht werden, die Linke und die Rechte zu einem gegen das Zentrum gerichteten Block zusammenzufassen, so wünschen wir dieser Koalition glückliche Fahrt! Ein Großblock in Württemberg würde dem Zentrum keineswegs gefährlich werden."

Christlicher Volksdienst und Regierungsbildung.

Stuttgart, 13. April. Der „Christliche Volksdienst" schreibt zur Frage der Regierungsbildung in Württemberg: Wir haben nicht den Eindruck, als ob sich die derzeitige Regierung zunächst viel Sorgen um die Verwirklichung der gut oder bös gemeinten Vorschläge der Demokraten und der Volkspartei machen würde. Wenn nicht überraschende Ereignisse eintreten, was allerdings nicht ausgeschlossen scheint, dann werden sich bei der bevorstehenden großen Aussprache im Landtag keine grundstürzenden Aenderungen vollziehen. Der Christliche Volksdienst jedenfalls wird wie seither ruhig die Entwicklung verfolgen und aus der Bereitschaft zur Verantwortlichkeit seine Entscheidungen treffen.

Christlicher Volksdienst und Zentrum.

Stuttgart, 13. April. Bei der letzten großen Reichstagung des Christlichen Volksdienstes in Kassel war nach dem Organ des Christlichen Volksdienstes vor allem das Verhältnis des Christlichen Volksdienstes zum Zentrum Gegenstand eingehender Erörterungen. Es wurde eine Einigung auf der Grundlage erzielt, daß der Christliche Volksdienst bereit ist zu ehrlicher Zusammenarbeit mit den katholischen Volksgenossen unter der Voraussetzung gegenseitiger Achtung und unter Wahrung gewissenhafter Parität. — Die Reichsgeschäftsstelle, die seither in Korntal mit der württ. Landesgeschäftsstelle vereinigt war, wurde selbständig gemacht. Als provisorischer Reichsgeschäftsführer wurde Kling-Untertürkheim-Stuttgart bestellt. Die Vorsitzenden der Landesverbände bilden den vorläufigen Reichsvorstand des Christlichen Volksdienstes. Als vorläufiger geschäftsführender Vorstand wurde Kling-Untertürkheim-Stuttgart mit Bausch und Simpfendörfer-Korntal-Stuttgart bestimmt.

Beratung von Eingaben an den Landtag.

Stuttgart, 13. April. Der Ausschuß für Verwaltung und Wirtschaft behandelte heute zunächst eine Eingabe des Württ. Bäcker-Innungs-Verbandes betr. den Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes in Verbindung mit einem Antrag des Christlichen Volksdienstes betr. Sonntagsruhe im Bäckergewerbe. Der Vertreter der Regierung erklärte, daß die württembergische Regierung von der erwähnten Eingabe erst Kenntnis bekommen habe, als die Beratungen im Reichsrat schon längst abgeschlossen waren. So war für die württembergische Regierung eine Möglichkeit, sich im Einzelnen mit den Wünschen zu befassen, bezüglich der Stellungnahme im Reichsrat, nicht mehr möglich. In der Zwischenzeit ist ein neuer Entwurf über den Reichsrat an die Reichsregierung gelangt. Bei der Behandlung dieses neuen Entwurfes war allgemein der Wunsch ausgesprochen worden, daß man sich nicht mehr mit Einzelheiten des Entwurfs abgebe. Einige wichtige Anträge hat dabei die württembergische Regierung wiederholt. Es ist besonders auch ein Antrag im Interesse der Kleinhandwerker angenommen und in den neuen Entwurf aufgenommen worden. Die Eingabe an den württ. Landtag ist datiert vom 20. April 1928, aber erst einige Monate später an den Landtag eingereicht worden. In einer neuen Eingabe an den Reichstag hat der Bäcker-Innungs-Verband Wünsche der dem Landtag vorliegenden Eingabe nicht mehr aufgenommen. So ergab sich für den Ausschuß keine andere Möglichkeit, als die Eingabe der Regierung als Material zu überweisen. Ein betreffender Antrag des Berichterstatters Dr. Hölscher wurde einstimmig angenommen. Ebenso fand einstimmige Annahme der Antrag des Christlichen Volksdienstes: Beim Reich dafür einzutreten, daß in dem kommenden Arbeitsschutzgesetz die Sonntagsruhe, insbesondere im Bäcker- und Konditorengewerbe gesichert bleibt. Sodann behandelte der Ausschuß einen Antrag der Abg. Wernwag und Körner: Das Staatsministerium zu ersuchen, zum Zwecke der Förderung von Saatgutäckern der Landwirtschaftskammer besondere Mittel zur Verfügung zu stellen, um damit Landwirten solcher Gemeinden, die zur Vermehrung der Getreideerträge und zur Versorgung kleinbäuerlicher Betriebe mit bestem Saatgut besondere Saatgutäcker anlegen, eine entsprechende Beihilfe gewähren zu können. Der Vertreter der Regierung erklärte, daß auch die Regierung die Auffassung habe, daß die Anlegung von Saatgutäckern äußerst wertvoll sei. Leider waren Schritte der württembergischen Regierung beim Reichslandwirtschaftsministerium, Mittel für diese Zwecke zu bekommen, ergebnislos. Diese Reichsmittel werden weniger für die Produktionsförderung als für die Absatzförderung gewährt. Gegen den Antrag bestehen nach Ansicht des Regierungsvertreters auch grundsätzliche Bedenken. Die Förderung des Pflanzenbaus und ähnliches gehört in Württemberg zum Aufgabengebiet der Landwirtschaftskammer. Dieser wird vom Staat ein einheitlicher Geldbetrag gewährt. Deshalb ist es nicht möglich, neben dem einheitlichen Betrag vom Staat noch Sonderforderungen zu verlangen. Der Direktor der Landwirtschaftskammer hat erklärt, daß es beim bisherigen System bleiben soll und hat auch die Konsequenzen anerkannt, wonach Einzelzuwendungen nicht möglich sind. Da die Landwirtschaftskammer-Umlage nicht erhöht werden kann, ist im neuen Haushaltsplan ein erhöhter Betrag für die Landwirtschaftskammer eingestellt. Auf Grund dieser Sachlage hat der Ausschuß beschlossen, die endgültige Beschlußfassung über den oben erwähnten Antrag bis zur Beratung des entsprechenden Kapitels im Haushaltsplan zurückzustellen. Schließlich befaßte sich der Ausschuß noch mit einem Antrag des Christlichen Volksdienstes, bei der Reichsregierung und bei den zuständigen Behörden der Reichspostverwaltung dafür einzutreten, daß zum Zwecke der Sicherung der Sonntagsruhe für die Postbeamten die Postzustellung am Sonntag nach dem Vorbilde Bayerns aufgehoben wird. Das Wirtschaftsministerium hat Erhebungen zu dieser Frage angestellt u. a. bei der Landwirtschaftskammer, dem Industrie- und Handelstag und dem Handwerkskammertag. Die Antworten waren durchweg ablehnend gegenüber der Forderung im oben erwähnten Antrag. Nach längerer Aussprache wurde der Antrag abgelehnt gegen 2 Ja (Christl. Volksdienst und 1 Soz.) bei 7 Enthaltungen (Ztr., BB.) und 6 Nein (3 Soz., 1 D. Vp., 1 Dem., 1 Komm.).

Unser „Landsmann" Hölz.

Stuttgart, 13. April. Der bekannte Kommunist Max Hölz sprach am Freitag in Heilbronn, wobei er lt. „Neckar-Echo" mitteilte, daß er seinen Wohnsitz nach Stuttgart verlegen will, um die württembergische kommunistische Bewegung zu organisieren.

Ein sonderbarer Ortsvorsteher.

In der Martin-Luther-Stadt Eisleben herrscht Sturm. Das „Eislebener Tageblatt" berichtet hierüber: Am Abend des 6. April erschien der Eislebener sozialdemokratische Oberbürgermeister Clauß in Begleitung zweier Handwerksobermeister im „Hotel zum goldenen Löwen". Bald entstand an dem Tische, an dem die Herren Platz genommen hatten, ein recht lebhafte Unterhaltung, in deren Verlauf der Oberbürgermeister das Eislebener Handwerk aufs schwerste beschimpfte. Als Obermeister Crome darauf entgegnete: „Wenn Sie, Herr Oberbürgermeister, uns in die Fr... hauen wollen, dann können Sie was erleben", erwiderte der Oberbürgermeister, der wohl unter der Wirkung des Alkohols stand: „Ihr doofen Eislebener, ihr Gesindel, ihr Lumpenpack. Das ganze Handwerk kann mir den Buckel herunterrutschen. Wenn ich wiedergewählt werde, dann werde ich dem Handwerk schon eine auf den Hut geben!" Schließlich nannte der Oberbürgermeister die Handwerker sogar „Banditen" und „feige Hunde". Obwohl der Wirt des „Goldenen Löwen" den Oberbürgermeister energisch ersuchte, sich zu mäßigen, setzte dieser seine beleidigenden Aeußerungen fort und sagte dem Wirt, daß er nichts zu sagen habe, er (Clauß) sei Polizeichef und unterhalte sich so, wie es ihm passe. Erst nach der dritten energischen Aufforderung des Wirts rüstete Oberbürgermeister Clauß allmählich zum Aufbruch. Eine vom Handelsschutz Halle-Eisleben e. V. einberufene Protestversammlung zu diesem Vorfall war so stark besucht, daß eine Parallel-Versammlung abgehalten werden mußte. Die Versammlung beschäftigte sich eingehend mit den Aeußerungen des Oberbürgermeisters. Zum Schluß wurde mit großer Mehrheit eine Entschließung angenommen, welche die sofortige Abberufung des Oberbürgermeisters fordert.

Seit dem 22. März ungesetzlich.

Dresden, 13. April. Das Urteil des Staatsgerichtshofes über die Ungültigkeit der sächsischen Landtagswahlen vom 31. Oktober 1928 ist am Samstag der sächsischen Regierung zugestellt worden. In der Begründung wird ausdrücklich festgestellt, daß dem Landtag vom Tage der Urteilsverkündung ab, also vom 22. März 1929, die Stellung eines Landtages nicht mehr zukomme und daß etwaige weitere Handlungen, die er vornehme, ohne rechtliche Bedeutung seien.

Dazu schreibt der „Schwäb. Merkur": Für den württembergischen Landtag müssen nun ähnliche Folgerungen gezogen werden; denn wenn auch hier nach dem Spruch des Staatsgerichtshofs keine Neuwahlen stattzufinden haben, so bleibt doch nach dem Leipziger Urteil in Folgerung der Begründung des Urteils zum sächsischen Streitfall die Zusammensetzung des württembergischen Landtags ungültig und eine weitere Arbeit in dieser Zusammensetzung unmöglich.

Die Ernennung erfolgt.

Berlin, 13. April. Der deutsche Reichspräsident hat heute auf Vorschlag des Reichskanzlers den Reichsminister Koch-Weser auf seinen Antrag aus dem Amte des Reichsministers der Justiz entlassen und den Reichsminister a. D. v. Guerard zum Reichsminister der Justiz ernannt. Ferner hat der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers den preußischen Ministerpräsidenten a. D. Stegerwald zum Reichsverkehrsminister und den Reichskanzler a. D. Dr. Wirth zum Minister für die besetzten Gebiete ernannt.

Der Dank des Reichspräsidenten an den scheidenden Reichsjustizminister.

Berlin, 13. April. Der Reichspräsident hat an den scheidenden Reichsminister der Justiz, Dr. Koch-Weser, nachstehendes Schreiben gerichtet: „Sehr geehrter Herr Reichsminister! Ihrem Antrag um Entlassung aus dem Amte des Reichsministers der Justiz, das Sie im Juni vorigen Jahres, um eine aufgetretene Lücke auszufüllen, übernommen haben, habe ich in Würdigung Ihrer Gründe durch den beifolgenden Erlaß entsprochen. Ich möchte Sie aber nicht aus der Reichsregierung scheiden sehen, ohne Ihnen im Namen des Reiches für die wertvollen und umfangreichen Dienste zu danken, die Sie als Reichsminister und Mitglied der Reichsregierung während Ihrer Amtszeit geleistet haben. Ich gedenke hierbei besonders der großen Förderung, die die Strafrechtsreform durch Sie erfahren hat. Mit meinem Dank für Ihre Arbeit verbinde ich meine aufrichtigsten Wünsche für Ihr persönliches Wohlergehen und für Ihr weiteres Wirken. Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr ergebener gez. v. Hindenburg."

Der falsche Kaisersohn.

Berlin, 12. April. Daß die Dummen nicht alle werden und daß man auf leichte Art in den Besitz großer Summen kommen kann, wenn man geheimnisvolle Andeutungen über verwandtschaftliche Beziehungen zum Hohenzollernhaus macht, hat der gewissenhafte Chronist in den letzten Jahren wiederholt feststellen können. Bald war es eine Stallmagd, die als Prinzessin auftrat und gute Beute machte, bald war es Harry Domela, der sich als Hohenzollernsohn ausgab und dabei nicht schlecht abschnitt. Jetzt ist man einem Karl Hartung auf die Spur gekommen, der von sich behauptete, daß er ein außerehelicher Sohn des Kaisers und seiner zweiten Gemahlin sei. Mochte dieser Schwindel auch reichlich plump sein, es hat Leute gegeben, die auf ihn hereinfielen, zumal Hartung noch mit allerlei Briefen aus Doorn und aus dem Büro der Generalverwaltung des Hohenzollernhauses aufwarten konnte. Das Merkwürdige ist aber, daß Hartung auch bei der Gemahlin des früheren Kaisers Glück gehabt hat. Die polizeiliche Untersuchung hat noch zu ergeben, was er in Doorn alles als durchaus glaubwürdig hinzustellen wußte, so daß man hier bereitwillig ihm nicht unerhebliche Summen zustellte und auch allerlei Briefe schrieb, deren Inhalt Leichtgläubige dahin bringen mußte, an die Lügen des „Kaisersohnes" zu glauben. Einer der Leidtragenden, der jetzt vergeblich hinter seinem ihm geschickt abgenommenen Vermögen hinterherjagt, ist ein Kolonialwarenhändler in Köln-Kalk, der auf einen unzweifelhaft gefälschten Brief hereinfiel, in dem die Gemahlin des Kaisers Hartung mit „Mein lieber Junge" anredete, ihm 30 000 Mark überwies und den Brief mit der Unterschrift „Deine Mutter Hermine" schloß. Aber gerade diese Fälschung zog, weil Hartung echte Briefe der Hofverwaltung vorzuweisen vermochte. Der Kölner Kolonialwarenhändler hoffte nun auf eine gute Anstellung durch Vermittlung der Gattin des früheren Kaisers, holte sein gesamtes Geld von der Sparkasse, kleidete den Schwindler vollkommen neu ein und gab ihm noch 100 Mark mit auf den Weg nach Doorn, den Hartung natürlich niemals antrat. Es liefen dann aber bald allerlei Zahlungsbefehle in Köln ein, die den Geschädigten stutzig machten. Inzwischen tauchte Hartung auf, verstand es, die Besorgnisse seines Geldgebers zu zerstreuen, und ging daran, seine „Memoiren" zu schreiben, die er einem Berliner Verlag anbot, die aber von diesem nicht angenommen wurden. Dann verschwand er wieder und überließ es dem Kolonialwarenhändler, Wechsel und Rechnungen einzulösen, wodurch dieser an den Bettelstab gebracht wurde. Nun erst wurde er hellhörig, wandte sich nach Doorn und erlebte einen grenzenlose Enttäuschung. Auf diese Weise kam die Polizei hinter die Schliche Hartungs, dem es übrigens beinahe gelungen wäre, einen Kölner Rechtsanwalt mit Hilfe seiner Briefe und Erzählungen über bestimmte Vorgänge in Doorn hereinzulegen. Verdächtig ist allerdings, woher Hartung Manches weiß, von dem eigentlich nur Eingeweihte Kenntnis haben könnten. Die Untersuchung dieser Schwindeleien läuft noch, kann aber allerlei interessantes Material noch zutage bringen, mindestens darüber, wie man es machen muß, um seine lieben Mitmenschen von ihrem überflüssigen Geld zu befreien. Der Betrüger hat auch in Berlin, Dresden und Essen zahlreiche kleine Leute geschädigt. Ende 1928 hat er das Rheinland verlassen und ist dieser Tage in Berlin festgenommen worden.

Ausland.

London, 13. April. Der Vizekönig von Indien erklärte in der gesetzgebenden Versammlung, daß er Parlament und Staatsrat bei der Gesetzgebung vorläufig ausschalte. Das bedeutet: Diktatur.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 13. April. (Wieder Sonntagsrückfahrkarten für D-Züge.) Vom Beginn des Sommerfahrplans (15. Mai) an werden im gesamten Bereich der Reichsbahn versuchsweise die Schnellzüge wieder zur Benutzung mit Sonntagsrückfahrkarten freigegeben. Wie früher, bleiben hiervon ausgeschlossen die Luxuszüge, FD-Züge und die nur aus Schlafwagen gebildeten Züge. Andere Schnellzüge werden von der Benutzung nur dann ausgeschlossen, wenn auf ihnen ein sehr starker Nahverkehr und eine Ueberfüllung zum Nachteil der übrigen Reisenden zu befürchten ist. Im Gegensatz zu früher sollen Schnellzüge nicht mehr nur streckenweise, sondern grundsätzlich auf ihrem ganzen Lauf mit Sonntagskarten benutzbar sein. Um die Benutzung der Schnellzüge mit Sonntagskarten aber auf die Fälle zu beschränken, wo sie wirklich nötig ist, das heißt auf größere Entfernungen, und um zu verhindern, daß sich in Schnellzügen ein starker Nahverkehr auf Sonntagskarten zum

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Schaden des auf große Entfernungen reisenden Publikums entwickelt, wird mindestens der Zuschlag der Zone 2 (4 Mark in der zweiten und 2 Mark in der dritten Klasse) erhoben. Außerdem bleiben die Schnellzüge zu den großen Festen (Ostern, Pfingsten und Weihnachten) für Sonntagsrückfahrkarten allgemein gesperrt.

(Wetterbericht. Süddeutschland liegt noch im Bereich eines schwachen Tiefdrucks; im Norden liegt Hochdruck. Unter diesen Umständen ist für Dienstag und Mittwoch zwar noch unbeständiges, zeitweilig bedecktes, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Württemberg.

Calw, 14. April. (Besitzwechsel). Das Anwesen von Zimmermann Kümmerle in der Badstraße ging um 60000 Mk. in den Besitz der Oberpostdirektion über, die dort ein SA.-Telefonamt errichten wird und gleichzeitig Unterkunftsmöglichkeiten der Kleinautos für die Landposten schafft.

Ludwigsburg, 13. April. (Roher Jagdfrevel). In der Nähe des Schießtals traf ein auf einem Baumstich arbeitender Mann aus Hochberg einen Junghasen an. Statt sich an dem niedlichen Tierchen zu freuen, wurde dieses sofort verfolgt, der Karst nach ihm geworfen und als der Hase schließlich eingeholt war, in roher Weise totgeschlagen. Der Vorgang wurde beobachtet und zur Anzeige gebracht.

Stuttgart, 13. April. (Liebesdrama.) Wie aus Heidelberg berichtet wird, verübten dort ein 22 Jahre alter Autosattler und ein 18 Jahre altes Mädchen aus Stuttgart einen Selbstmordversuch. Das Mädchen wurde durch einen Schuß in den Mund lebensgefährlich verletzt, der junge Mann brachte sich einen tödlichen Schuß bei.

Stuttgart, 13. April. (Ergebnis des Reichsratsbesuchs in den Hopfenbaugebieten.) Neun Vertreter des Reichsrats und der Ländergegierungen besuchten die Hopfengebiete in Bayern, Württemberg und Baden um festzustellen, ob die für ein Hopfenherkunftsgesetz erforderlichen Einrichtungen (Signierhallen und Präparieranstalten) vorhanden seien und ob die beteiligten Kreise der Landwirtschaft, des Brauereigewerbes und des Handels dieses Schutzgesetz wünschen. Unter Führung des Württ. Wirtschaftsministeriums (Ministerialrat Dr. Springer) und der Württ. Landwirtschaftskammer (Präsident Adorno und Direktor Dr. Strübel) haben die Herren Reichsratsvertreter auch die württ. Hopfenbaugebiete Tettnang, Rottenburg, Herrenberg und Weilderstadt besucht und in eingehender Aussprache mit den Hopfeninteressenten feststellen können, daß das Hopfenprovenienzgesetz mit Ausnahme eines kleinen Teils des Handels von allen Beteiligten, besonders aber von den Erzeugern und Vorarbeitern, dringend gewünscht wird. Die Besichtigung ergab das erfreuliche Resultat, daß in den süddeutschen Gebieten die erforderlichen Signierräume und Präparieranstalten in ausreichendem Maße vorhanden sind. Das Herkunftsgesetz könnte also ohne Belastung der Beteiligten durch Neueinrichtungen durchgeführt werden. Es ist anzunehmen, daß das Ergebnis der Reise die Frage der baldigen Einführung des Hopfenprovenienzgesetzes einen entscheidenden Schritt weitergebracht hat. Es wäre zu wünschen, daß die Bemühungen der Hopfenbauern unter Führung der Württ. Landwirtschaftskammer endlich den gewünschten Erfolg bringen werden.

Stuttgart, 14. April. (Waldorf-Astoria wird stillgelegt.) Dieser Tage hat Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager persönlich die Frage der Waldorf-Astoria A.-G. mit der Verwaltung der Reemtsma A.-G. in Altona-Bahrenfeld, die bekanntlich von dem Großaktionär der Waldorf-Astoria, Kiazim Emin, die Aktien des Unternehmens übernommen hat, durchberaten. Der Zweck der Reise und Verhandlungen des Stuttgarter Oberbürgermeisters war, die Aufrechterhaltung der Waldorf-Betriebe in Stuttgart zu erreichen. Nach Information der „Süddeutschen Zeitung" scheint aber dafür eine Möglichkeit nicht mehr zu bestehen.

Heilbronn, 13. April. (Ein Betrüger.) Vom Schöffengericht wurde der 25jährige Leineweber Emil Doster aus Oehringen zu drei Monaten Gefängnisstrafe wegen fortgesetzten Betruges und zu 40 RM. Geldstrafe wegen einer Uebertretung des Kraftfahrzeuggesetzes verurteilt. Die Geldstrafe und 25 Tage der Gefängnisstrafe gelten als durch die Untersuchungshaft verbüßt. Doster hat in der Zeit vom 1. März bis 5. Juni v. Js. in zahlreichen Orten Württembergs Flachs und Hanf, angeblich zur Verarbeitung in Leinewebereien, gesammelt und sich für die gegen die Hingabe des Flachses oder Hanfs zur Lieferung in Aussicht gestellten Tuche Anzahlungen in Höhe von 10 bis 42 RM. geben lassen. Die Gesamtsumme dieser Anzahlungen, die er für sich verbrauchte, belief sich schließlich auf zirka 2000 RM. Die meisten der Besteller wurden nicht beliefert, die anderen meist mit qualitätsminderen Tuchen. Erst als ein Verfahren wegen Betruges gegen Doster anhängig wurde, ging er ernstlich dahinter, noch eine Reihe von Leuten durch die Weberei seines Vaters ordentlich zu beliefern, der den ohne sein Wissen angerichteten Schaden seines Sohnes nach Möglichkeit wieder gutzumachen suchte.

Geislingen a. St., 13. April. (Ein wenig begehrter Stadtvorstandsposten.) Wie die Geislinger Zeitung von zuverlässiger Seite erfährt, hat sich noch kein Bewerber um die Stadtvorstandsstelle auf dem Rathaus angemeldet. Viel Zeit zur Anmeldung ist nicht mehr übrig, da am Montag abend der Termin abläuft.

Ulm, 13. April. (Verhaftung eines Wüstlings.) In Neu-Ulm wurde ein Handwerksmann verhaftet, der schon seit einigen Jahren mit seiner minderjährigen Tochter Blutschande getrieben hatte. Unter Drohungen mit Erschießen hatte er Frau und Tochter zur Duldung seiner Gemeinheiten gezwungen. Seine Tochter bekam von ihm ein Kind und gab als Vater ebenfalls unter Zwang irgend einen erfundenen Unbekannten an. Durch die Suche nach dem wirklichen Vater kam die Polizei auf die unglaublichen Zustände, die in der Familie durch die Roheit des Vaters herrschten. Im Gefängnis beging der Rohling einen Selbstmordversuch, indem er sich köpflings von der Pritsche auf den Zellenboden stürzte. Er erlitt dadurch Kopfverletzungen.

Heidenheim, 14. April. (Tödlicher Sturz.) Am Freitag abend wollte der 42 Jahre alte Metzgermeister und Wirt zur „Linde" in Bohlheim mit seinem Motorrad geschäftlich nach Sontheim a. B. fahren. Kurz vor Brenz stürzte er von seinem Motorrad und blieb tot auf der Straße liegen. — Samstag früh wollte ein junger Mann namens Hans Werlin mit seinem Motorrad nach Söhnstetten fahren, um dort die Vorprüfung abzulegen. Beim Bohlheimer Bahnwärterhaus verlor er die Herrschaft über seine Maschine und stürzte kopfüber auf die Straße, wo er bewußtlos liegen blieb. Er zog sich schwere Aufschürfungen im Gesicht und an den Händen zu.

Heidenheim, 14. April. (Erfolg.) Zimmermeister Langjahr hier wurde von der Stadt Barmen die Ausarbeitung eines Projekts zur Verschiebung eines 3½stöckigen Wohnhauses, das ein Gewicht von 92000 Ztr. hat, 17,5 Meter lang und 13,4 Meter breit ist, übertragen. Dieses Haus soll diesen Herbst um etwa 10 Meter verschoben werden. Langjahr darf diesen Erfolg als Auswirkung der glücklich gelungenen Verschiebung des Oekonomiegebäudes der Voith'schen Gutsverwaltung buchen.

Münster, OA. Mergentheim, 13. April. (Eine Seltenheit.) Eine mittelstarke Kuh des Bauern Johann Gattroff hier brachte dieser Tage ein lebendiges Kalb zur Welt, das ein Gewicht von 146 Pfund hatte. Gewiß auch eine Seltenheit.

Baden.

Pforzheim, 13. April. Die Leibesübungen treibenden Verbände Pforzheims sind in den letzten Tagen nicht müßig gewesen und haben ihre Mitarbeit an der Werbewoche für Leibesübungen in den Tagen vom 22. bis 30 Juni d. J. in seltener Einmütigkeit und größter Begeisterung beschlossen. Ueberall, vom kleinsten Club bis zum großen Verein von Tausenden von Mitgliedern, herrscht ideale Auffassung für die Sache. Turner, Sportler, Radfahrer, Athleten, Jugendverbände, haben schon viele Hunderte von Teilnehmern gemeldet. Die Schwimmer, Reiter, Kanufahrer und Wanderer werden noch Hunderte melden. Pforzheim wird wirklich in den Tagen der Werbewoche den Beweis erbringen, daß sie die „Stadt der Leibesübungen" ist.

Pforzheim, 13. April. Die gegen Professor Kraft verfügt gewesene Suspendierung vom Amt ist vom Ministerium des Kultus aufgehoben worden, nachdem Professor Kraft in dem gegen ihn anhängig gemachten Prozeß wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz vom Schwurgericht Karlsruhe freigesprochen worden ist. Gleichzeitig ist Professor Kraft an das Gymnasium in Mannheim versetzt worden.

Pforzheim, 13. April. In der Freitagnacht wurde in die Büroraume des Zentralverbandes der Angestellten und des Mieterschutzvereins in der Leopoldstraße ein Einbruch verübt. Nachdem die Haustür gewaltsam geöffnet worden war, drangen die Täter ebenso mit Gewalt in die Büroräume ein. Mit roher Gewalt waren die Türen aufgesprengt worden. Aus den Anzeichen war zu ersehen, daß die Räumlichkeiten genau durchgestöbert worden waren. Der gestohlene Geldbetrag macht etwa zusammen 100 RM. aus. Die Kriminalpolizei hat sofort die Untersuchung in die Hand genommen.

Karlsruhe, 12. April. Eine bemerkenswerte Entscheidung fällte der Einzelrichter des Amtsgerichts in einem Fall, in dem ein hiesiger Geschäftsmann wegen unlauteren Wettbewerbs angeklagt war. Der Angeklagte, der hier ein Handarbeiten- und Strumpfwarengeschäft betreibt, hatte angekündigt, daß er 20 Prozent Weihnachtsrabatt auf sämtliche Handarbeitsmodelle, Decken, etwa 190 Kissen, Tee- und Kaffeewärmer, sowie Tee- und Fierpuppen gewähre. Vom Bezirksrat wurde ihm ein Strafbefehl über 30 Mark zugestellt mit der Begründung, daß es sich bei der Angelegenheit um den Ausverkauf eines Postens von Handarbeitsmodellen handle, der dem Bezirksrat hätte angezeigt werden und über den dem Bezirksrat ein Verzeichnis der auszuverkaufenden Waren hätte eingereicht werden müssen. Die Bestrafung erfolgte auf Grund des § 7 Absatz 2 des unlauteren Wettbewerbsgesetzes. Auf den Einspruch des Angeklagten kam die Sache vor den Einzelrichter zur Verhandlung, der sich auf den Standpunkt der Verteidigung stellte, daß im vorliegenden Falle von einem Ausverkauf nicht die Rede sein könne und den Angeklagten freisprach.

Vermischtes.

Der Adler im Angriff auf einen Knaben. Während das sechsjährige Söhnchen des Baugeschäftsinhabers Sindbert in Kochel am Kochelsee unter einem Baum spielte, glitt vom Kreuzwendel her ein mächtiger Adler, schoß über die Fichte auf etwa 10 Meter über den Knaben nieder und umkreiste diesen. Auf seine Hilferufe kamen die Eltern herbei und verscheuchten das Tier, dessen Flügelspannweite über 2 Meter betrug.

Aus Not in den Tod. Der Mitinhaber der bekannten Strohhutfabrik Milz & Cie. in Lindenberg, Emil Milz, hat sich in seiner Fabrik erschossen. Aus dem an seine zurzeit bei ihren Eltern in Stuttgart weilende Gattin gerichteten Abschiedsbrief geht hervor, daß Milz wegen Konkurs seiner Firma und des schlechten Geschäftsganges sich das Leben genommen hat; er war erst 43 Jahre alt.

Ein 102jähriger an der Bahre seines Sohnes. Wohl einzig dastehend dürfte der Vorgang sein, daß sich unter den Trauernden um einen 64jährigen der 102 Jahre alte Vater des Verstorbenen befindet. In Baumbach auf dem Westerwald starb der dortige Pfarrer Georg Schupp. An der Bahre seines 64 Jahre alten Sohnes stand auch sein Vater, der älteste Lehrer und wohl einer der ältesten Einwohner Deutschlands, der Lehrer Schupp.

Jung gefreit, hat noch niemand gereut! Interessante Aufschlüsse über das Alter moderner Heiratskandidaten gibt die letzte Volkszählung in Köln. Nach dieser gibt es in Köln nicht weniger als 247 Ehemänner zwischen 16 und 20 Jahren. Einer davon ist erst 16 Jahre alt, 2 sind 17, 16 sind 18, 54 sind 19 und 174 sind 20 Jahre alt. Ferner gibt es in Köln neun 15jährige Ehefrauen, fünfzehn 16jährige und 59 17jährige. Die älteste Kölner Witwe ist 100, die jüngste 17 Jahre alt.

Die Raubüberfälle auf die Sparkassenzweigstelle in Chemnitz aufgeklärt. Das Kriminalamt teilt mit, daß es gelungen sei, die Täter, die die Raubüberfälle auf die Chemnitzer Sparkassenzweigstelle ausführten, zu ermitteln und festzunehmen. Es handelt sich um den 24jährigen Arbeiter Paul Herbert Wagner, den 28jährigen Bohrer Gustav Erich Risser und den 17jährigen Schlosser Wilhelm Alfred Horn, sämtliche aus Chemnitz. Wagner ist als Haupttäter anzusprechen. Er ist derjenige, der den Raub am 24. Juli 1928 verübt hat, wobei er unter Bedrohung mit einem Trommelrevolver die Beamten in Schach hielt und sogar fesselte. Die Täter sind geständig.

Grausiger Gattenmord. Ein grausiger Mord wurde in dem tschechoslowakischen Dorfe Plavesky Svaty Mikulas entdeckt. Ein Förster sah aus dem Moor einen Totenschädel herausragen. Bei näherem Nachsehen fand man in 2 Säcken vernäht die zerstückelte Leiche eines Mannes. Der Tote wurde als der Slowake Johann Stroßer erkannt, der seit Mai vorigen Jahres verschwunden ist. Als des Mordes verdächtig wurde die Gattin des Toten, die Gastwirtin Elisabeth Stroßer, ihre 17jährige Tochter aus erster Ehe, ihr Onkel und ein Vagabund verhaftet. Der Ermordete war in jungen Jahren nach Amerika ausgewandert und 1925 mit einem Vermögen von 160000 Kronen in die Tschechoslowakei zurückgekehrt. Er verliebte sich in die wegen ihrer Schönheit bekannte Gastwirtin Elisabeth Mikusch, die Witwe war, und heiratete sie. Sie hatte es jedoch nur auf das Vermögen ihres Mannes abgesehen und ging daran, ihn zu beseitigen, nachdem er sein Vermögen auf sie hatte überschreiben lassen. Sie förderte systematisch seine Trunksucht und versuchte, ihn zweimal in einer Irrenanstalt unterzubringen. Die Aerzte entließen ihn jedoch jedesmal, da ihm nichts fehlte. Die Verhafteten leugnen jede Schuld.

Großfeuer in einer japanischen Schule. Am Freitag abend brach in Tschinnulpo (Korea) in einer japanischen Schule ein Brand aus, der sich bis zum Eintreffen der Feuerwehr auf das ganze Schulgebäude ausdehnte. Bis jetzt werden 11 Kinder vermißt, die verbrannt sein dürften. Gerettet wurden bis jetzt 24 Kinder und 2 Lehrer, die jedoch durch Brandwunden schwer verletzt sind.

Neueste Nachrichten.

München, 14. April. Am Samstag abend gegen ½9 Uhr ereignete sich auf dem Coulmierplatz ein schweres Motorradunglück. Der 40jährige ledige Mechaniker Michael Rodspieler, der mit seinem Motorrad stadtauswärts fuhr, rannte bei der Ueberführung mit voller Wucht gegen einen entgegenkommenden Straßenbahnwagen. Rodspieler und der auf dem Soziussitz sitzende verheiratete Lagerist Schaffer wurden so schwer verletzt, daß sie kurz nach ihrer Einlieferung in das Krankenhaus verstarben.

Hagen, 15. April. Am Sonntag abend um 11.30 Uhr wurde die Berufsfeuerwehr nach Delstern gerufen, wo in der Delsterner Papierfabrik ein großer Brand entstanden war. Gegen 12.30 Uhr nachts war der Vorderbau vollkommen ausgebrannt und stürzte zusammen. Das Feuer wütet noch mit unverminderter Heftigkeit.

Dresden, 14. April. In der Aufsichtsratssitzung der Reemtsma

Entlarvt!

Roman von Otto Elster.

Copyright by Greiner & Co., Berlin NW 6.

(Nachdruck verboten.)

51. Fortsetzung.

Das Gebell seines Hundes machte Fritz darauf aufmerksam, daß ein Fremder den Hof betreten hatte, und mit Erstaunen erkannte er Stanislaus, der mit höflichem Gruß auf ihn zutrat.

„Verzeihen Sie, Herr Born, wenn ich Sie einen Augenblick störe, ich komme in einer geschäftlichen Angelegenheit . . ."

„Ich wüßte nicht," entgegnete Fritz kalt, „welcher Art Geschäfte wir miteinander hätten."

„Oh, nur eine Kleinigkeit . . . Sie sind im Besitz eines Wechsels des verstorbenen Gutsbesitzers . . ."

Ein flüchtiges, triumphierendes Lächeln huschte über Borns Gesicht.

„Allerdings," sagte er.

„Nun, ich komme, um ihn einzulösen . . ."

„Sie? — Wie kommen Sie dazu, die Wechsel des Gutsbesitzers Hambach einzulösen?"

„Die Frau Hambach hat mich damit beauftragt," entgegnete Stanislaus keck.

„Haben Sie eine Vollmacht der Frau Hambach?"

„Eine Vollmacht? — Nein — ich glaubte, mein Wort sollte genügen."

„Mir genügt Ihr Wort jedenfalls nicht. Uebrigens wäre ich auch nicht in der Lage, Ihnen den Wechsel zu übergeben."

„Weshalb nicht? — Ich habe das Geld bei mir . . ."

„Ich habe den Wechsel meinem Anwalt zur Präsentierung bei der Gutsverwaltung übergeben, da mir Zweifel an der Echtheit des Wechsels aufgestiegen sind."

Das vor kurzem noch dunkelrote Gesicht Stanislaus' ward bleich wie der Tod.

„Herr Born — Sie wollen doch damit nicht sagen . . ."

„Ich will damit sagen, Herr von Prokowsky," entgegnete Fritz scharf, „daß der Wechsel gefälscht ist. Kennen Sie vielleicht den Fälscher?"

„Ich? — Wie kommen Sie darauf . . . ich muß mir das ernstlich verbitten . . ."

„Herr!"

Fritz konnte sich nicht mehr bemeistern, mit blitzenden Augen und drohend aufgehobener Hand trat er auf Stanislaus zu, der zitternd zurücktaumelte.

„Ich muß bitten — keine Gewalttätigkeit . . ." rief dieser in seiner Angst.

Fritz ließ die Hand sinken, ein verächtliches Lächeln umspielte seine Lippen.

„Verlassen Sie augenblicklich den Hof," sagte er kalt und sich zur Ruhe zwingend.

„Ich wollte Sie nochmals bitten, Herr Born, mir die Möglichkeit zu geben, jenes Papier, das nur durch einen Irrtum in Ihre Hände gekommen sein kann, einzulösen. Vielleicht kann ich das bei Ihrem Anwalt tun, darf ich mir seinen Namen ausbitten?"

„Der Name nutzt Ihnen nichts — Doktor Fischer liefert Ihnen den Schein doch nicht aus."

„Herr Born — ich bitte — flehe Sie an — Herr Born, Sie befinden sich in einer peinlichen Lage, Frau Hambach hat einen schmählichen Verdacht auf Sie geworfen, eine Untersuchung ist gegen Sie eingeleitet, ich mache mich anheischig, die Dame zu bewegen, jene Anklage zurückzunehmen, Ihnen eine volle Ehrenerklärung auszustellen, wenn Sie mir das Papier überliefern . . ."

Fritz erhob die Hand und wies nach dem Tor.

„Fort," sagte er scharf. „Entfernen Sie sich, oder ich lasse Sie durch meine Knechte hinausführen."

„Herr Born — haben Sie Mitleid . . . ich will Ihnen alles sagen . . ."

„Fort! Ich will von Ihnen nichts hören. Ich gebe Ihnen drei Minuten Zeit, sich zu entfernen, dann gebrauche ich mein Hausrecht . . ."

Er zog gelassen seine Taschenuhr.

„Herr Born," flehte Stanislaus, „hören Sie mich doch nur an . . ."

„Eine Minute ist verflossen . . ."

„Herr Born — mein Leben — meine Ehre liegt in Ihrer Hand . . . haben Sie Mitleid . . ."

„Zwei Minuten . . ."

„Nun denn — ich gehe — aber die Folgen kommen auf Ihr Haupt!"

Damit stürzte er fort. Fritz steckte die Uhr wieder in die Tasche und atmete tief auf. „Jetzt kennen wir den Fälscher," sprach er zu sich. „Schade, daß Doktor Fischer diese Szene nicht miterlebt hat . . . Doch nun wieder an die Arbeit . . ." Und er wandte sich seinen Leuten wieder zu.

Spät am Nachmittag kam Stanislaus nach Gut Hambach zurück und wollte sich auf sein Zimmer in dem Inspektorhause schleichen. Ziellos und planlos hatte er sich seit seinem Fortgang von Neuhof umhergetrieben; verzweifelte Entschlüsse hatte er gefaßt, im Walde wollte er sich erhängen; als er an einem Teich vorüberkam, wollte er sich hineinstürzen; aber feige wie er war, behielt er vor der Ausführung zurück und entfloh, um sich endlich zum Tode erschöpft und ermattet in das Gras einer Wiese zu werfen, wo er in finsterem Brüten liegen blieb.

Aber ein Entschluß mußte gefaßt werden, und so schlich er sich schließlich nach Hambach zurück mit dem Vorsatz, die Dunkelheit der Nacht zur Flucht zu benutzen; mit Geld war er ja Dank der Großmut der Gutsherrin genügend versehen, so daß er einige Zeit sorgenfrei leben konnte. In der Nacht passierte ein Schnellzug die Station, mit dem er morgen früh in Hamburg sein konnte. Dort würde man ja weiter sehen.

Als er die Treppe zu seinem Zimmer hinaufgehen wollte, öffnete sich die Tür der Inspektorwohnung und Fräulein Tina schlüpfte heraus, auf dem blassen Gesicht den Ausdruck großer Aengstlichkeit.

„Ach, Stanislaus — da bist du endlich," flüsterte sie. „Man sucht dich schon überall, deine Mutter war bereits einige Male hier, um nach dir zu fragen — sie war furchtbar aufgeregt — mein Gott, Stanislaus, was ist denn geschehen?"

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

AG. wurde mitgeteilt, daß ihr die Zigarettenfabriken Massary u. Problem in Berlin sowie Bulgaria und Georg Jasmatzi & Söhne in Dresden angegliedert worden sind. Die Umwandlung der Reemtsma in eine G. m. b. H. ist vorgesehen.

Berlin, 15. April. Der Reichskanzler hat an den Reichstagsabgeordneten Hugo Heimann in Berlin zur Vollendung des 70. Lebensjahres nachstehendes Glückwunschtelegramm gerichtet: Es ist mir eine große Freude, Ihnen zu dem bedeutungsvollen Lebensabschnitt, den Sie heute vollenden, zugleich im Namen der Reichsregierung, herzliche Glückwünsche zu übersenden im Gedenken an die Verdienste, die Sie sich insbesondere auf dem, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, so wichtigen Posten des Vorsitzenden des Reichshaushaltsausschusses erworben haben, spreche ich die Hoffnung aus, daß Ihnen noch viele Jahre fruchtbringender politischer Tätigkeit beschieden sein mögen.

Berlin, 13. April. Zur Beilegung des Konflikts im Lichterfelder Krankenhaus fanden heute zwischen dem Dezernenten der Aerztekammer und dem Vorsitzenden des Arbeitsausschusses Verhandlungen statt, die ergebnislos verliefen. Professor Rautenberg wird nunmehr gegen den Kreis mit der Begründung klagen, daß die plötzliche Kündigung aus den bekannten Gründen unzulässig sei und daß seine Anstellung durch den Kreis auf Lebenszeit erfolgt sei.

Berlin, 13. April. Anläßlich des Jahrestages der Landung der „Bremen" nach dem ersten Ostwestflug über den Ozean sandte der Ring deutscher Flieger an Hauptmann Köhl und Baronin von Hünefeld längere Gedenktelegramme. Der Vorstand des Rings deutscher Flieger, Loerzer, von Wilamowitz-Möllendorf, von Hinckelden und von Linsingen, legte am Grabe des Freiherrn von Hünefeld auf dem Südender Friedhof einen Kranz mit den blau-goldenen Farben des Ringes deutscher Flieger nieder.

Berlin, 14. April. Nach einer aus Paris eingetroffenen Meldung ist der Botschaftsrat an der deutschen Botschaft in Madrid, Freiherr von Stein-Gamm, der auf der Durchreise nach einem Kurort in Paris erkrankte, in einer Pariser Klinik verstorben.

Glogau, 14. April. Wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz wurde vom erweiterten Schöffengericht Prinz Friedrich Wilhelm zur Lippe zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. In dem Urteil kam zum Ausdruck, daß das Gericht in der von dem Prinzen zur Lippe in einem Artikel gebrauchten Redewendung „Wer Minister werden wolle, müsse im Zuchthaus gesessen haben oder mindestens reif fürs Zuchthaus sein" eine Beschimpfung der Republik erblicke.

Thorn, 14. April. Wie das Piłsudski-Blatt „Głosz Prawdy" meldet, sollen die polnischen Behörden in Thorn einer Spionageorganisation auf die Spur gekommen sein. An der Spitze dieser Organisation habe ein Arzt in Danzig gestanden. Dieser Arzt sei verhaftet worden, ebenso drei in die Angelegenheit verwickelte Personen in Thorn. Nähere Aufklärung wird abzuwarten sein.

Warschau, 14. April. Das polnische Kabinett Switalski ist gebildet. Als Vertrauensleute Piłsudskis gehören ihm drei Obersten an.

Prag, 14. April. Die ehemalige Zirkusartistin Therese Fischer, die vor einigen Tagen die 10jährige Tochter eines Landwirts entführt hatte, wurde am Samstag mit dem Kind in einem Preßburger Hotel aufgefunden. Es besteht der Verdacht, daß sie im Auftrag einer internationalen Mädchenhändlerbande, die für Freudenhäuser auf dem Balkan arbeitet, schon mehrere Kinder entführt hat. Als man ihr das Lichtbild eines im August v. J. aus Wien verschwundenen 7jährigen Mädchens vorhielt, erschrack sie und gab nach einem Kreuzverhör zu, auch dieses Kind entführt zu haben. Sie gab an, daß sich das Mädchen zurzeit noch in Magersdorf bei Wien bei einem gewissen Emmerich Donald aufhalte. Die Wiener Polizei ist verständigt worden.

Paris, 14. April. In Narbonne (Departement Aude) fand heute die Ersatzwahl für einen durch den Tod eines sozialistischen Abgeordneten freigewordenen Kammersitz statt. Gewählt wurde der Kandidat der Sozialisten, Leon Blum, mit 5884 Stimmen. Der Kandidat der Radikalen erzielte 5021 Stimmen, der der Kommunisten 589 und ein unabhängiger Sozialist 256 Stimmen.

Paris, 14. April. Wie dem „Matin" aus Nancy berichtet wird, ist der Antrag des in Besançon in Untersuchungshaft befindlichen Elsaßer Dr. Roos auf provisorische Freilassung, der auch durch einen entsprechenden Antrag beim Justizministerium unterstützt worden war, vom Gericht in Besançon mit der Begründung abgelehnt worden, daß Grund zu Fluchtverdacht vorliege. Bekanntlich hat sich Dr. Roos den französischen Behörden freiwillig gestellt, um eine Revision des im Kolmarer Autonomistenprozeß gegen ihn ergangenen Kontumaz-Urteils zu erlangen.

Madrid, 14. April. Die Professoren der Madrider Universität haben sich förmlich geweigert, ihre Vorlesungen wieder aufzunehmen, solange der Ausnahmezustand bestehe.

Peking, 14. April. General Feng hat den offenen Bruch mit der Nankingo-Regierung vollzogen und in einem Armeebefehl den Rücktritt Tschang Kai Scheks gefordert.

Sidney, 13. April. Einem der Rettungsflugzeuge ist es gelungen, neben dem gestrandeten Flugzeug „Southern Cross" zu landen. Es berichtet, daß die Besatzung der „Southern Cross", die schwer unter Hunger zu leiden hatte, nunmehr mit Lebensmitteln versorgt sei.

Kultminister Dr. Bazille zur politischen Lage im Reich und in Württemberg.

Gmünd, 14. April. Auf einer geschlossenen Gautagung der Deutschnationalen Volkspartei nahm Kultminister Dr. Bazille zur politischen Lage im Reich und in Württemberg Stellung. Er führte dabei aus: Die Behauptung, daß im Reich nur die Große Koalition möglich sei, ist ein Beweis für die Sorglosigkeit, mit der man in gewissen Kreisen des Bürgertums die politische Lage ansieht. Eine Koalition sämtlicher bürgerlichen Parteien hätte weit mehr gemeinschaftliche Auffassung, als die Große Koalition. Solange aber die demokratische Partei durch keinerlei Zeichen der Zeit zu belehren ist, ist allerdings die große Koalition gegenwärtig die einzig mögliche Regierungskoalition im Reiche, aber doch nur in der Form, die jetzt nach monatelangem Hängen und Würgen gefunden worden ist. Bei dem Ruf nach der Großen Koalition wird der Fehler gemacht, daß man nur auf die Zahl der Abgeordneten sieht und nicht daran denkt, daß eine Koalition kraftlos sein muß, die wenig gemeinschaftliche Auffassungen, aber viel unüberbrückbare Gegensätze hat. Das charakteristische Element der großen Koalition ist dieses, daß die Sozialdemokratie ihre Anhänger nur durch Vermehrung der Staatsausgaben befriedigen kann, während die bürgerlichen Parteien ihre Wähler nur durch Verringerung der Ausgaben halten können. Dazu kommt noch die Gegensätzlichkeit der Auffassung in fast allen großen politischen Fragen, so daß die Große Koalition die schwächste aller Regierungen darstellt. Sie kann nichts Ernsthaftes in Angriff nehmen, ohne ihren Zerfall zu riskieren. Da Neuwahlen voraussichtlich keine Aenderungen bringen würden, so ist die Lage im Reich gegenwärtig ohne jede Hoffnung. Zur württembergischen Politik führt der Redner folgendes aus: Ich kann die Ansicht nicht teilen, daß der Spruch des Staatsgerichtshofs die politische Lage wesentlich geändert habe. Zu diesem Ergebnis muß man kommen, wenn man ernsthaft prüft, was der vermutliche Wille des württembergischen Volkes, wie er sich bei den letzten Wahlen kundgegeben hat, ist. Behauptungen wie die, daß das württembergische Volk sich im Jahr 1928 für die sozialdemokratische Führung in der Regierung oder für die Bildung der Großen Koalition in Württemberg ausgesprochen habe, sind völlig willkürlich und lediglich von parteipolitischen Absichten eingegeben. Welchen Willen der Wähler mit der Abgabe seines Stimmzettels bekundet hat, ist, soweit es sich um Regierungskoalitionen handelt, überhaupt nicht zu sagen. Wohl aber kann man den unanfechtbaren Satz aufstellen, daß der Wähler von der Partei, die er wählt, die Vertretung seiner Auffassungen und Belange erwartet. Prüft man die Sachlage an diesem Satz, so kann man sich folgendes sagen? Für die sozialdemokratische Partei haben sich bei der letzten Wahl in Württemberg noch nicht ein Viertel der abgegebenen Stimmen ausgesprochen. Außer diesen Stimmen will aber nur ein Teil der demokratischen Wählerschaft sozialdemokratische Regierungsführung. Sicher wünscht dies nicht ein anderer Teil der demokratischen Wähler; ebenso kann man sagen, daß die Wähler der Deutschen Volkspartei und des Christlichen Volksdienstes, der Aufwertungspartei und der nationalsozialistischen Partei keine sozialdemokratische Führung wünschen; denn die Auffassungen und Belange der Wähler dieser Parteien werden in einer bürgerlichen Regierung in ganz besonderer Weise gewahrt als in einer sozialistisch geführten Regierung und deshalb kann eine objektive Prüfung doch nur zu dem Ergebnis gelangen, daß der Art, dem Mehrheitswillen und der Struktur des württembergischen Volkes eine bürgerliche Regierung weit mehr entspricht, als eine sozialistisch geführte. Die Sozialdemokratie kann sich auch nicht darüber beklagen, daß sie in Württemberg nicht in der Regierung ist. In den Jahren 1920 bis 1924 hat die Rechte angesichts der Notlage des deutschen Volkes und in der Absicht, die deutsche Zwietracht durch deutsche Einigkeit zu ersetzen, viermal eine Regierung verlangt, in der auch die Sozialdemokratie vertreten sein sollte. Dieses Anerbieten ist aber von der Demokratie und der Sozialdemokratie jederzeit zurückgewiesen worden. Die Rechte, die nur einige hundert Stimmen weniger als die Sozialdemokratie erhalten hat, kann ebenfalls verlangen, in der Regierung vertreten zu sein. Sie vertritt außerdem denjenigen Stand, der gegenwärtig der notleidendste von allen ist, die Landwirtschaft. Dazu kommt, daß es in der Politik immer am besten ist, wenn Gegengewichte bestehen; da das Reich, Preußen und fast die ganze übrige Mitte und der übrige Norden Deutschlands sozialdemokratisch geführt sind, so ist es sehr nützlich, wenn von den 4 süddeutschen Staaten wenigstens 2 vorhanden sind, in denen der bürgerliche Einfluß maßgebend ist. Ich kann der Entscheidung der Fraktion der Rechten nicht vorgreifen, glaube aber doch sagen zu können, daß sie grundsätzlich mit allen bürgerlichen Parteien eine Regierung zu bilden bereit ist und auch eine Beteiligung der Sozialdemokratie nicht ablehnen würde, wenn diese sich zu einer staatspolitischen Haltung bekennen würde. Solange aber Dinge vorkommen, wie die Ablehnung des Panzerkreuzers, ist eine Einigung völlig unmöglich. Man kann übrigens das Verlangen der Sozialdemokratie nach der Führung in der württembergischen Regierung umso weniger verstehen, als sie doch dem Lande Württemberg die Existenzberechtigung abspricht und die schnellste Beseitigung seiner Selbständigkeit verlangt. Was die einzelnen Probleme der württ. Politik anlangt, so glaube ich, daß die bürgerlichen Parteien bei allen eine Verständigung finden können, auch in den Problemen der Schulpolitik, die bis jetzt allerdings von einigen bürgerlichen Parteien nicht mit der nötigen Nüchternheit betrachtet worden sind. Diese Probleme werden gegenwärtig sorgfältig untersucht. Das wichtigste, die Frage der Lehrerbildung, ist keineswegs so dringlich, wie das vielfach dargestellt wird. Sehr viel dringlicher ist z. B. die Beseitigung der Not der Landwirtschaft und die Ermäßigung sämtlicher Steuern, da auch Industrie und Handel in immer größere Schwierigkeiten kommen. Sobald sich die bürgerlichen Parteien die gegenwärtige Wirtschaftslage vor Augen halten, können sie nur einer Lösung der Lehrerbildung zustimmen, die in absehbarer Zeit keine Mehrkosten für das Land und für die Beteiligten bringt, denn man muß auf lange Zeit hinaus die Lage des deutschen Volkes als so ernst betrachten, daß man keine Maßregeln ergreifen darf, die zu sicheren Mehrausgaben in absehbarer Zeit führen müssen. Bei solch nüchterner Betrachtung, die bis jetzt leider nicht überall im bürgerlichen Lager anzutreffen ist, sollte es nicht gar zu schwierig sein, eine bürgerliche Regierung zu bilden, die eine sichere Mehrheit im Landtag hinter sich hat.

Schwindler Hartung teilgeständig.

Berlin, 14. April. Der auf Ersuchen der Staatsanwaltschaften Köln und Honnef verhaftete 25jährige Kaufmann Erich Hartung, der als angeblicher Sohn der Gattin des früheren Kaisers in ganz Deutschland nach dem Muster Domelas zahllose Schwindeleien und Betrügereien verübt hatte, hat jetzt vor der Polizei ein Teilgeständnis abgelegt und zugegeben, daß er in vielen Fällen mit plumpen Mitteln Unterstützungen und finanzielle Zuwendungen erschwindelt hat. Er erklärt seine Betrügereien mit seiner vollständigen Mittellosigkeit, die dadurch entstanden sei, daß seine Gönnerin infolge von Intrigen ihn plötzlich habe fallen lassen. Seitens der Polizei werden diese Angaben jetzt bis ins Einzelne nachgeprüft. Man will vor allen Dingen die Akten heranziehen, die vom Hausministerium des früheren Kaisers über Hartung angelegt sind und aus denen auch die Höhe der Zuwendungen hervorgeht, die Hartung erhalten hat.

Freispruch im Prozeß Dietz-Goldmann.

Berlin, 14. April. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte fand gestern der Prozeß gegen den Studienassessor a. D. Kaufmann Heinrich Dietz aus Elberfeld und Studienrat Dr. Goldmann aus Magdeburg wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse statt. Goldmann, der Berechnungstabellen über die Pulvermengen für die verschiedenen Geschütze aufgestellt hatte, gab an, er habe diese Tabellen nicht an das Ausland verkaufen wollen, sondern sich nur bemüht, im Auslande eine Stellung als Ballistiker zu bekommen. Der Angeklagte Dietz schilderte im einzelnen, wie er bemüht gewesen sei, Goldmann die gewünschte Stellung zu verschaffen. Von dem deutschen Ferngeschütz sei bei ihren Bemühungen nicht die Rede gewesen. Den ausländischen Staaten sei im übrigen die Zusammenstellung der Tabellen aus der ballistischen Literatur bekannt. Nach fast sechsstündiger Beweisaufnahme und längerer Beratung wurde folgendes Urteil verkündet: „Die Angeklagten werden mangels ausreichender Beweise freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last."

Max Hölz als Kläger.

Berlin, 14. April. Max Hölz, gegen den in Berlin jetzt ein Verfahren wegen tätlicher Beleidigung des Redakteurs R. schwebt, hat mehrere Beleidigungsprozesse gegen Zeitungen im Reich angestrengt, da er sich durch Artikel persönlich beleidigt fühlt. Am 16. April findet in Neustadt a. H. die erste Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur des „Pfälzischen Kurier" statt. Im Rahmen eines Artikels, der sich mit den Ausschußberatungen im Falle des Oberleutnants Schulz beschäftigt, hatte die genannte Zeitung Hölz einen „gemeinen Verbrecher und Räuber schlimmster Sorte" genannt und behauptet, Hölz habe Mißliebige erschießen und in Halle einen Polizeioffizier in die Saale werfen und mit Stangen unter das Wasser stoßen lassen. In Berlin hat Hölz eine Klage gegen die „Münchener Neuesten Nachrichten" angestrengt, da diese Hölz in einem Artikel als „Massenmörder" bezeichnet hatten.

Zahlenangaben des „Matin" aus dem Reparationsplan.

Paris, 14. April. „Matin" will in der Lage sein, über die Zahlen der in dem gestern der Reparationskonferenz überreichten Memorandum enthaltenen Skala Angaben zu machen. Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, daß alle Delegationen sich zum strengsten Stillschweigen über den Inhalt der beiden Dokumente verpflichtet haben, und daß also die Angaben des Blattes mit Vorbehalt aufgenommen werden müssen. „Matin" schreibt: Die vorgeschlagenen Annuitäten seien auf einen Zinssatz von 5½ Prozent berechnet und stellten für die 36 ersten Jahre eine Durchschnittsannuität von 2198 Millionen oder nach anderen Berechnungen von 2300 Millionen dar. Sie stiegen im Laufe von 37 Jahren von 1800 auf 2450 Millionen, erreichten also niemals die jetzige Normalannuität von 2½ Milliarden. Nach den ersten 37 Jahren würden die eigentlichen Reparationen getilgt sein. Die Annuität für die Bezahlung der Kriegsschulden sinke in den letzten 21 Jahren von 1700 Millionen auf 100 Millionen Mark. Diese vom „Matin" heute gemannte Ermäßigung der Kriegsschuldenannuität ist bisher nirgends erwähnt worden. Der „Matin" will in verantwortlichen deutschen Kreisen gestern erfahren haben, daß man dort das Memorandum der alliierten Sachverständigen als unannehmbar bezeichnet habe. Man habe in diesen Kreisen diese Stellungnahme wie folgt erläutert: Nach unseren Berechnungen haben wir endgültig nur einen Nachlaß von 200 Millionen gegenüber den Dawesannuitäten erzielt; zwar unter Verzicht auf den Wohlstandsindex, aber auch unter Verlust der sehr wertvollen Garantie des Transferschutzes. Wir denken gewiß nicht daran, lediglich wegen eines Nachlasses von jährlich 200 Millionen eine politische Schuld in eine Handelsschuld umzuwandeln, und diese Verpflichtungen zu übernehmen und auf jede Garantie zu verzichten. In Wirklichkeit, so fügt der „Matin" hinzu, schickt sich die deutsche Delegation an, am Montag eine Frist zu verlangen, um Zeit für die sorgfältige Prüfung der Anregungen der Gläubiger zu gewinnen. Schließlich würden die deutschen Delegationen auch Unterredungen mit dem Vorsitzenden Owen Young haben und vielleicht alsdann ihrer Regierung berichten. Jedenfalls würden sie gewiß nicht das Memorandum annehmen ohne längere und energischste Bemühungen unternommen zu haben, um eine Abänderung nicht nur der Modalitäten, sondern auch der Ziffern durchzusetzen. Im übrigen berichtet „Matin", daß das Memorandum am Schlusse folgende, einem Ultimatum gleichkommende Erklärung enthalte. Wenn das vorgeschlagene System von Deutschland nicht angenommen werde, dann bleibe den Gläubigern nichts weiter übrig, als auf den Dawesplan zurückzugreifen und die Anzahl der Annuitäten festzusetzen. „Echo de Paris" berichtet übrigens, daß die vier Delegationen der reparationsberechtigten Länder den Versuch gemacht haben, den Vorsitzenden der Reparationskonferenz, Owen Young, zur Unterzeichnung des Dokuments zu bewegen. Dieser habe sich jedoch, obwohl er allen Erörterungen dieser Frage beiwohnte, wohl gehütet, seine Unterschrift zu geben. Das Blatt will darin ein Zeichen dafür erblicken, daß der Vorsitzende nunmehr sein Schiedsrichteramt ausüben wolle.

Die Berliner Presse zum Reparations-Memorandum.

Berlin, 14. April. Die Blätter nehmen bisher nur zum Teil Stellung zu den von den Alliierten in Form eines Memorandums in Paris aufgestellten Forderungen, aber alle Zeitungen, ganz gleich welcher Parteirichtung, bringen in den Ueberschriften und in den Ausführungen ihrer Pariser Berichterstatter in schärfster Form zum Ausdruck, daß die bisher genannten Zahlen für Deutschland unannehmbar sind. Das „Berliner Tageblatt" gebraucht die Ueberschrift: „Die maßlosen Forderungen der Gläubigermächte" und schreibt: Daß ein Ja für eine derartige Zahl vollkommen ausgeschlossen ist, braucht nicht nocheinmal begründet zu werden. Der Pariser Vertreter der „Vossischen Zeitung", der ebenso wie die anderen Berichterstatter darauf hinweist, daß die bisher veröffentlichten Zahlen noch hinter der Wirklichkeit zurückzubleiben scheinen, bezeichnet es als den einzigen Lichtblick, daß das Memorandum nicht die Unterschrift des Konferenzvorsitzenden Young trägt und glaubt daraus den Schluß ziehen zu dürfen, daß Young es abgelehnt hat, sich mit den Forderungen der Gläubigerländer zu identifizieren, die für Deutschland nicht nur unannehmbar, sondern auch indiskutabel sind. Auch der „Vorwärts" bezeichnet die Forderungen als schlimmer, als alle vorhersehen und weist ebenfalls auf das Fehlen der amerikanischen Unterschrift hin. Die „Germania" schreibt: Was die Höhe der Forderungen anbelangt, so liegt sie weit höher, als was nach übereinstimmender Meinung aller Deutschen, und wir glauben sagen zu können, aller unvoreingenommenen Experten tragbar ist. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" spricht von dem Todesstoß für die Tributkonferenz. Es wäre grenzenlos optimistisch, wenn man heute noch an einen Erfolg der deutschen Bemühungen glauben wollte. Der Sachverständigencharakter der Konferenz sei restlos untergraben und es habe sich der Block der Alliierten herausgeschält. Der „Lokalanzeiger" nennt die Forderungen ebenfalls undiskutabel. Man habe nicht sehen wollen, was die deutschen Delegierten pflichtgemäß an ernsten Einwürfen gegen den Bericht des Reparationsagenten vorbrachten. Die „Kreuzzeitung" überschreibt ihre Nachricht: „Pariser Milliardenwahn", die „Deutsche Tageszeitung": „Die Maske fällt". Der „Tag" weist darauf hin, daß es nicht auf den Gegenwartswert von 38 Milliarden ankomme, sondern darauf, daß Deutschland mit Zins und Zinseszins in zwei Menschenaltern das dreifache dieser Summe zahlen soll.

Vor schweren Entscheidungen.

Paris, 14. April. Dr. Schacht und seine Mitarbeiter verbrachten den frühlingsschönen Sonntag im Hotel. Vormittags und nachmittags waren sie mit dem Studium des Gläubiger-Memorandums beschäftigt. Abends fand eine wichtige Sitzung statt, in der wahrscheinlich die Grundzüge der von Dr. Schacht für die morgige Vollsitzung vorbereiteten Erklärung festgelegt wurden. Die deutschen Sachverständigen, deren Unabhängigkeit im Gegensatz zu der unserer Verhandlungspartner eine effektive und keine scheinbare ist, werden die exorbitante Gläubigerforderung mit der durch die deutsche Leistungsfähig geschaffenen Zahlengrenze vergleichen. Aus diesem Vergleich werden die Gläubiger ihrerseits die Schlußfolgerungen ziehen können, unter welchen Bedingungen weitere Besprechungen möglich sind. Andererseits werden sie den Willen Deutschlands zu einer endgültigen und vollständigen Lösung der Reparationsfrage nicht bezweifeln können. Nach einem Berliner Bericht soll die Differenz zwischen den Zahlen des Gläubigermemorandums und den unsererseits annehmbaren Leistungen rund 30 vom Hundert sein. Zur allgemeinen Ueberraschung bringt diese eifrig nachgedruckte Berliner Meldung die Zeitungen nicht aus der Ruhe. „Ueber dieses Drittel läßt sich verhandeln", schreibt ein Linksblatt, und sogar in einem Rechtsorgan wird rundweg erklärt: „Alles kommt noch in Ordnung. Bis Mitte der Woche haben wir die Einigung". Während man Dr. Schacht vor Uebergabe des Gläubigermemorandums an den Sachverständigenausschuß einzuschüchtern suchte und ihm die Schrecken eines Ja oder Nein vor Augen hielt, steckt man jetzt die Pflöcke weit zurück und ruft den deut-

---

Brand einer Stanniolfabrik. Samstag morgen kurz vor 4 Uhr geriet in Wiesbaden die Stanniol- und Kapselfabrik Flach in der Karlstraße in Brand. Das ganze Fabrikgebäude ist dem Feuer zum Opfer gefallen. Sämtliche Maschinen, sowie das Kesselhaus wurden vernichtet. Die umliegenden kleineren Gebäude konnten durch die Feuerwehr gerettet werden. Der Brand dauert noch an. Die Höhe des Schadens steht noch nicht fest.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

schen Sachverständigen zu, ihren Standpunkt zu begründen, das heißt sich zu der Gläubigerforderung zu äußern und auf ein Feilschen einzugehen. Sache der deutschen Delegierten ist es aber nicht, einen „Handel" einzugehen, sondern auf Grund der finanziellen und wirtschaftlichen Tragfähigkeit eine Reparationslösung zu erreichen.

Keine Neigung zum Abrüsten.

Paris, 14. April. Das der morgen in Genf beginnenden vorbereitenden Abrüstungskonferenz vorliegende Memorandum des deutschen Vertreters, Graf Bernstorff, wird heute am Vorabend der Genfer Verhandlungen in den hiesigen politischen Kreisen erneut zur Zielscheibe einer abschätzigen Kritik gemacht. Die von deutscher Seite immer wieder vertretene Auffassung, es sei endlich an der Zeit, mit der allgemeinen Abrüstung einen ernsten Schritt vorwärts zu machen, stößt in Paris stets auf heftigen Protest. Deshalb sucht man mit allerlei Scheinargumenten und Behauptungen das Memorandum Bernstorffs herabzusetzen. In allen Kommentaren der Pariser Presse zu der morgen beginnenden Konferenz wird in Abrede gestellt, daß der Versailler Vertrag selbst für die ehemaligen Alliierten die Verpflichtung zur Abrüstung enthält. Höchstens handle es sich um die moralische Verpflichtung, der Frankreich jedoch bereits in vollem Maße nachgekommen sei!

„Die Alliierten haben Deutschland ihr Wort gebrochen".

Amsterdam, 14. April. In einem Artikel für die nordamerikanische „Newspapers Alliance" schreibt Lloyd George u. a.: Ein wesentlicher Bestandteil der Politik, die mit dem Völkerbundsentwurf zusammengehangen habe, sei die Entwaffnung gewesen. **Auf die Entwaffnung Deutschlands hätte die der Alliierten folgen müssen. Es unterliege keinem Zweifel, daß die Alliierten ihr Wort gebrochen hätten. Sie hätten nichts getan, um ihrer feierlichen Verpflichtung gegenüber Deutschland, die in den Entwaffnungsprotokollen enthalten sei, nachzukommen. Die Anzahl der Soldaten sei bei ihnen heute größer als vor dem Kriege. Frankreich habe sogar den kleinen Staaten Anleihen unter der Bedingung gegeben, daß es diese zu Rüstungen verwende. Das Rheinland müsse geräumt werden. Die dauernde Besetzung deutschen Gebietes durch fremde Truppen sei eine dauernde Bedrohung des Friedens. Sie sei zur Durchführung des Versailler Friedensvertrags nicht nötig. Der Dawesplan sei nach der Entwaffnung Deutschlands der Willkür der anderen Unterzeichner des Vertrages ausgeliefert. England müsse seinen ganzen Einfluß geltend machen, damit das feierliche Versprechen gegenüber Deutschland nach dem Buchstaben und dem Geist ausgeführt werde.**

Das Ende der Revolution in Mexiko.

Newyork, 14. April. Da er überzeugt war, auf einem verlorenen Posten zu kämpfen, bot General Rabatte, der Oberkommandierende der 6000 Mann starken Nordarmee der revolutionären Truppen, die sofortige Waffenniederlegung an, wenn sein Leben und das Leben der übrigen Offiziere geschont werde. Das Angebot wurde dem mexikanischen Präsidenten Portes Gil durch den mexikanischen Konsul in Nogales übermittelt. Unterhändler ist der General Manzo, dem General Rabatte vor seiner Flucht nach den Vereinigten Staaten das Kommando übergeben hatte. Die Antwort des Präsidenten Gil sagt mildeste Behandlung der Unterführer zu, verlangt aber bedingungslose Uebergabe und stellt ein Standgericht für die verantwortlichen Köpfe in Aussicht. Das Uebergabeangebot der Rebellen wird in Mexiko-City als das Ende der Revolution ausgelegt.

Sportecke.

Handball. Die Handballmannschaft des Turnvereins Neuenbürg verlor gestern das letzte Verbandsspiel der Vorrunde gegen die Handballmannschaft des Turnvereins Nagold in Neuenbürg 0:5. Die Neuenbürger stehen nun mit 7 Punkten an vierter Stelle unter 8 Vereinen.

Fußball. In der Runde der Meister gewann der badische Meister, Karlsruher Fußballverein, gegen den württ. Meister, Germania Brötzingen, knapp mit 2:1, der 1. FC. Nürnberg schlug Bayern München mit 4:1 und zuletzt gewann Eintracht Frankfurt gegen Borussia Neunkirchen mit 1:0.

Runde der Zweiten und Dritten. Abt. Südwest: Phönix Karlsruhe — Stuttgarter Kickers 1:3 (Vorspiel vor 14 Tagen: Stuttg. Kickers — Phönix Karlsruhe 1:3), V. f. B. Stuttgart — Sp.Vgg. Fürth 4:5, F.C. Freiburg — A. S. N. Nürnberg 1:3. — Abt. Nordwest: V. f. R. Mannheim — Sp.V. Waldhof 2:3, F.Sp.V. 05 Mainz — F.Sp.V. Frankfurt 2:0, Saar Saarbrücken — V. f. L. Neu-Isenburg 6:1, Union Niederrad — F.C. Idar 2:1.

Privat- und Pokalspiele: Zuffenhausen — Union Böckingen 2:3, Sp.V. 05 Reutlingen — Stuttgarter Sportfreunde 0:3, Normania Gmünd — Eintracht Neu-Ulm 1:2, Rabe Vaihingen — Billingen 1:0, V. f. R. Heilbronn — Sp.Vgg. Freiburg 6:0, Duisburg — Göteborg 2:2, Schottland — England vor 120 000 Zuschauern 1:0.

Kreisliga: Kreis Enz-Neckar: Ballspielklub Pforzheim gegen F.C. Ersingen 3:1, F.C. Eutingen — F.C. Ispringen 0:8.

Entscheidungsspiele um die Gruppenmeisterschaft der Kreisliga A auf dem 1. F.C.-Platz: Dietlingen — Kieselbronn 2:1, Nagold — Calw 2:3. M.

Oberförsterstelle Wildbad.

Schotter-Beifuhr.

Am Freitag den 19. April 1929, nachmittags 5 Uhr, wird im „Anker" in Wildbad die Beifuhr von 200 cbm Schotter aus Ob. Baurenbergsteinbruch auf Grünhüttersteige, Verbindungsweg, Dachsbausteige und Gütersbergebenenweg, von 70 cbm Schotter aus Kriegswaldsteinbruch auf Gültlings- und Drescherweg, ferner von 150 cbm Schotter vom Bahnhof Wildbad aus auf Doblersträßchen, Grünhüttersteige und Drescherweg öffentl. vergeben.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Sitzung d. Gemeinderats

am Dienstag den 16. April, abends 6½ Uhr.

Tagesordnung:
1. Bauvoranschlag 1929.
2. Sonstiges.

Stadtschultheiß Knodel.

Mittwoch, 17. April,

Vieh- und Schweinemarkt

in Neuenbürg.

Außerdem jeden Samstag

Wochenmarkt

und

Schweinemarkt.

Birkenfeld.

Eine eiserne

Kinderbettlade

zu kaufen gesucht.

Von wem? sagt die Agentur ds. Bl.

Birkenfeld.

Verloren

ging gestern mittag von der Götestraße bis zum Bahnhof **eine Perlhalskette.**

Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe **Kirchweg 40** (Laden) abzugeben.

Schwann.

Empfehle für Frühjahr in bekannt guter Qualität, alle Arten

Feld- und Gartensamen, Obstbäume, Stachel- und Johannisbeer,

Hochstamm und Busch, starke pikierte

Erdbeerpflanzen,

alle Sorten Setzlinge, sehr schöne blühende

Topfpflanzen

für alle Zwecke.

Emil Gentner,
Gartenbau.

Danksagung.

Wir danken auf diesem Wege allen lieben Freunden und Bekannten, die während der langen Krankheit und beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters so innig Anteil genommen und ihm und uns so viele Beweise von Liebe und aufrichtiger Freundschaft dargebracht haben, herzlichst.

Frau **Emma Mönch**, geb. Mejer, und Kinder.

Herrenalb, im April 1929.

Ihr sehnlichster Wunsch ist eine *behagliche Wohnung*

TREFZGER MÖBEL

sind tausendfach bewährt

IN 8 EIGENEN VERKAUFS STELLEN GLEICH BILLIGE PREISE

Ein Besuch unserer Ausstellung

PFORZHEIM

SCHLOSSBERG 19

wird Sie überzeugen

SÜDD. MÖBEL-INDUSTRIE
GEBR. TREFZGER GMBH RASTATT

Dampfwaschanstalt Birkenfeld,

Wäsche-Annahmestelle in Neuenbürg bei **Frau Schick**, Mühlstraße Nr. 109 II

liefert Stärkwäsche wie neu.

Pfundwäsche, billiger als Selbstwaschen, schrankfertige Wäsche.

Auf Wunsch wird die Wäsche auch abgeholt, von 6 Uhr abends ab zu Hause.

Schallplatten

alte können für neue umgetauscht werden, bei

Musik-Hohnloser Pforzheim, Turnplatz, Weiherbergstr. 3.

Inserate heben den Umsatz!

Vorzügliche Reisegelegenheiten in allen Klassen auf behaglich ausgestatteten Dampfern von

BREMEN

NORD-, MITTEL-, SÜD-

AMERIKA

Ostasien, Afrika, Australien

Direkter Dienst nach

CANADA

Reisegepäck-Versicherung

Kostenlose Auskunft durch unsere sämtl. Vertretungen

Norddeutscher Lloyd Bremen

Neuenbürg: Theodor Weiß, Marktstr. 146;
in **Stuttgart**: Norddeutscher Lloyd, General-Agentur für Württemberg, Königstr. 15.

Höfen, 16. April 1929.

Todes-Anzeige.

Unser lieber Schwager, Onkel und Großonkel

Georg Lörcher

ist im 60. Lebensjahr Sonntag nacht ½1 Uhr sanft entschlafen.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie **Carl Lustnauer** z. „Ochsen".
Familie **Wilhelm Lustnauer.**

Beerdigung Dienstag nachmittag 2 Uhr.

Neuenbürg.

Einen größeren

Garten

mit Obstbäumen und Beeranlagen zu verkaufen. Zu erfragen in der Enztäler-Geschäftsstelle.

Neuenbürg.

Eine

Schreibmaschine

(Mignon) entbehrlichkeitshalber zu verkaufen.

Frau **M. Sidle**, Happeny.

Stelle-Gesuch!

Ein jüngeres, ehrliches, fleißiges

Mädchen

sucht Stellung, wo es das Kochen und alle Hausarbeiten gründlich erlernen kann.

Zu erfragen in der „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Visiten-Karten

C. Meeh'sche Buchdruckerei.

An die titl. Einwohnerschaft von Neuenbürg und Umgebung!

Für die kommenden Aufträge in der

Ausführung moderner Maler-, Lackier- und Anstrich-Arbeiten

empfiehlt sich bestens

Chr. Hablizel, Malermstr.
Neuenbürg.
Prompte Bedienung.

Sehr guterhaltenen, schweren

Langholz-Wagen

mit allem Zubehör günstig zu verkaufen. Näheres bei

Gottlieb Baier Witwe,
Pforzheim-Brötzingen,
Büchenbronner Str. 10.

Wir richten ein

Hausfabrikation

(Sommer- und Winterartikel). Dauernde u. sichere Existenz od. Nebenerwerb. Ausk. kostenl.

Chemische Fabrik Aylsdorf,
Inh.: R. Münkner,
Zeitz-Aylsdorf.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw